Leben

Mehr Wohnraum ist machbar

In Berlin fehlen zehntausende Wohnungen. Doch der Neubau wird ausgebremst durch langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren, Flächenknappheit und die Diskussion u?ber die Enteignung von Immobilienkonzernen.
Damit Berlin attraktiv und wirtschaftlich stark bleibt, braucht es eine Flächenpolitik, die Wohnen und Arbeiten zusammendenkt, Gewerbe sichert und Planungs- und Genehmigungsverfahren spu?rbar beschleunigt. Geht die Politik konsequent diesen Weg und nutzt alle Potenziale, die sich in der Hauptstadt bieten, ist der Bau von 100.000 zusätzlichen Wohnungen binnen zehn Jahren möglich.

© UVB 2026

Das fordern wir:

Eine Absage an Enteignungen und die Vergesellschaftung von Wohnungen. Damit wu?rde kein einziger Quadratmeter neuer Wohnraum geschaffen. Der Schaden fu?r den Standort Berlin ist schon jetzt immens. Allein die Debatte schreckt private Projektentwickler ab.

Deutlich schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren: Viele Potenziale stecken im ‚Schneller-Bauen-Gesetz' und im ‚Einfach-Bauen-Berlin-Gesetz'. Die Verwaltung muss sie konsequenter nutzen. Die Wirkung der neuen Regelungen muss regelmäßig evaluiert werden.

Einfachere Baustandards: Mit dem Gebäudetyp E steht ein wichtiges Instrument fu?r bezahlbaren Wohnraum zur Verfu?gung. Wird er stärker genutzt, lassen sich damit niedrigere Baukosten und

schnellere Verfahren rechtssicher umsetzen.

Den verstärkten Einsatz von seriellem Bauen und die lu?ckenlose Digitalisierung der Bauprozesse, der Bauantragsprozesse und Genehmigungsverfahren. Damit sinken die Kosten im Wohnungsbau. Dazu mu?ssen die nötigen Kompetenzen in den Ämtern aufgebaut werden.

Berlin muss mit einem **BIM-Zentrum** seine Kompetenzen im Bereich Building Information Modelling stärken und so digitales Planen und Bauen beschleunigen.

Eine Reform des Vergabegesetzes: Es muss auf seinen Kern, die wirtschaftliche Beschaffung, reduziert werden. Die Wertgrenzen mu?ssen mit denen Brandenburgs synchronisiert werden. Ein gesonderter Berliner Vergabemindestlohn ist angesichts des steigenden bundesweiten Mindestlohns u?berflu?ssig.

Ein praxistaugliches Artenschutzrecht mit klaren Fristen fu?r Stellungnahmen und artenschutzrechtliche Pru?fungen. Darin muss geklärt werden, wann der Senat zuständig ist und wann die Bezirke. Zudem mu?ssen Ausgleichsmaßnahmen standardisiert werden, wenn geschu?tzte Tierarten umgesetzt werden.

- Auf Xing teilen
- Auf Facebook teilen
- Auf X teilen
- Auf LinkedIn teilen

- Drucken
- Als PDF speichern

zurück zur Übersicht

Ihr Ansprechpartner

Stellvertretender Hauptgeschäftsführer

Sven

Weickert

Telefon:
+49 30 31005-141

Telefax:
+49 30 31005-240

E-Mail:
Weickert [at] uvb-online.de

Download VCF

Pressekontakt

Abteilungsleiter Presse und Kommunikation, Pressesprecher

Carsten

Brönstrup

Telefon:
+49 30 31005-114

Telefax:

+49 30 31005-166

E-Mail:
Broenstrup [at] uvb-online.de

Download VCF